

## Neues aus dem Beschwerdeausschuss - Sitzung vom 23. Juni 2020

Die erste sehr wichtige Eingabe betraf massive **Baumfällungen**, vor allem von Buchen, im Kölner Grüngürtel. Die Petentinnen waren schockiert über die Vielzahl von Buchen, die dort in letzter Zeit gefällt worden sind. Wie zu erwarten war, begründete die Verwaltung die Fällungen vor allem unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit. Sie erläuterte, dass sie in Grünanlagen, in denen es im Unterschied zum Wald eine Vielzahl von Nutzer\*innen gäbe, stärker darauf achten müsse, ob die Sicherheit gefährdet sei. Weiter wurde erläutert, dass nur Personen mit Fachkenntnis die Bäume begutachteten. Der Ausschuss konnte nicht anders entscheiden und das Vorgehen der Verwaltung nicht beanstanden. Er verwies die Angelegenheit in den Ausschuss für Umwelt und Grün mit der Bitte, möglichst bei solchen Aktionen durch Hinweisschilder die Bürger und Bürgerinnen zu informieren.

Eine weitere Eingabe betraf die Förderung von **Proberäumen für Kölner Bands**. Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung, keine Mietzuschüsse zu zahlen, beschlossen wir mit CDU, FDP und LINKEN, dass die Verwaltung prüfen möge, ob Mietzuschüsse zur Anmietung von Proberäumen bezahlt werden können.

Eine weitere Petition betraf die Nutzung des Verkehrsübungsplatzes in Köln Poll als **Babywald**. Hier entschied der Ausschuss, der Verwaltung in einem Punkt zu folgen, nämlich aus Gründen des Umweltschutzes (versiegelte Deponie), den Verkehrsübungsplatz nicht für einen Babywald zu nutzen, trug der Verwaltung entgegen ihrem Vorschlag aber auf, zu prüfen, ob es alternative Flächen für ein solches Vorhaben gebe und verwies die Angelegenheit in den Ausschuss für Umwelt und Grün.

Zur Situation **der Grünflächen in Kalk** gab es zwei Eingaben. Der Austausch zwischen der Verwaltung und den Petentinnen führte zu einem Kompromiss, nämlich dass es für die weiteren Planungen von Grünflächen im Stadtbezirk Kalk ein Fachgespräch geben solle. Die Angelegenheit wurde zudem zur weiteren Verhandlung in die Bezirksvertretung Kalk verwiesen.

Eine weitere Eingabe befasste sich mit der nicht zufrieden stellenden Situation, die vor allen Dingen auch durch **neue Verkehrsmittel wie E-Scooter, Lastenfahrräder** usw. im

öffentlichen Raum zu Problemen führen. Der Ausschuss bat die Verwaltung, ein Gesamtkonzept für das Parken der neuen Verkehrsmittel im öffentlichen Raum zu erarbeiten und dem AVR sowie natürlich dem Beschwerdeausschuss zur Kenntnis zu geben

Birgitt Killersreiter/Horst Thelen